

Generationengerechtigkeit im Meinungsbild der Bevölkerung

Manfred Behrens

„Alte, gebt den Löffel ab!“ – Nur selten diskutierten Politiker die Frage der Generationengerechtigkeit so plakativ wie im vergangenen Jahr der Chef der Jungen Liberalen. Jan Dittrich, achtundzwanzig Jahre jung, hatte zum Rundumschlag ausgeholt: „Die Alten leben auf Kosten der Jungen“, klagte der Student an. Darum werde es Zeit, „dass die Alten von ihrem Tafelsilber etwas abgeben – einen Löffel oder besser gleich ein paar davon“. Zwei Tage später musste Dittrich sich entschuldigen und zurücktreten.

War Dittrichs Entgleisung nur eine Episode, eine überhitzte Attacke eines Halbstarcken, der sich die Hörner abstoßen musste? Oder brodelt unter der stillen Oberfläche des Hand-in-Hand der Generationen ein größerer gesamtgesellschaftlicher Konflikt? Immerhin hatte es bereits im Jahr 2003 ähnlich kontrovers diskutierte Stimmen aus der Jungen Union gegeben. Ihr Vorsitzender Philipp Mißfelder, damals dreiundzwanzig Jahre jung, hatte vorgeschlagen, Fünfundachtzigjährigen Kassenleistungen wie künstliche Hüften und Zahnprothesen zu streichen, und hatte damit auch in der Union einen Sturm der Entrüstung entfesselt.

Verschärfte Tonlage

Egal, ob es um die Gesundheits- oder die Rentenreform geht, um Umweltpolitik, Staatsverschuldung, Jugendarbeitslosigkeit oder Altersdiskriminierung – die Frage nach einem gerechten Ausgleich zwischen Jung und Alt, zwischen den heute Lebenden und den nachfolgenden Ge-

nerationen bewegt immer mehr Menschen in Deutschland. Angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung, zunehmender Arbeitslosigkeit und galoppierender Neuverschuldung steht das Thema zwar bereits seit den Achtzigerjahren auf der politischen Agenda, hat aber erst in den letzten Jahren so sehr an Dynamik gewonnen, dass junge Abgeordnete von Union, SPD, FDP und Grünen in einer gemeinsamen Initiative versuchen, die Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz aufzunehmen. Hätten die Nachwuchs-Parlamentarier Erfolg, würde ein zukünftiger Artikel 20b ein neues Staatsziel definieren: „Der Staat hat in seinem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten und die Interessen künftiger Generationen zu schützen.“

Der Ton wird also schärfer – ebenso die Auswahl der Waffen. Da ist es hilfreich, kühlen Kopf zu bewahren und sich auf Fakten zu stützen. Denn während die Bedrohungslage durch Überalterung, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung hinreichend statistisch erfasst ist, fehlten bislang gesicherte Erkenntnisse über das Meinungsbild der Bevölkerung. Sind Äußerungen wie die Dittrichs und Mißfelders lediglich Ausreißer, oder stellt eine schweigende Mehrheit den so genannten Generationenvertrag infrage? Halten die Deutschen das Umlageverfahren der Rentenversicherung noch für tragbar? Solche und ähnliche Fragen wurden im April 2006 an 1003 Bundesbürger in einer Repräsentativerhebung der Beratungsgesellschaft

dimap communications gerichtet. Einen „Generationenkrieg“ gibt es nicht – vielmehr halten über neunzig Prozent der Befragten den finanziellen Ausgleich zwischen den Generationen für wichtig. Offenbar ist der Generationenvertrag, den Konrad Adenauer 1957 vorgelegt hat, in diesem halben Jahrhundert für die Deutschen zu einem tragenden Element ihres Sozialstaates geworden.

Punktum, Diskussion beendet? Nein: So deutlich der Konsens aller Altersgruppen in dieser Frage ist, so deutlich ist auch, dass die Deutschen die Säule, an die sie sich lehnen, längst für brüchig halten. Die Studie liefert nämlich noch eine Reihe weiterer interessanter Erkenntnisse, die den vermeintlichen, so offen zur Schau gestellten Konsens relativieren.

Schuldzuweisungen an die Jüngeren auf der einen Seite oder die Älteren auf der anderen Seite gibt es der Studie zufolge nur in verschwindendem Ausmaß: Lediglich ein Viertel der Befragten meint, dass die Älteren ihr Tafelsilber herausrücken sollten oder gar „den Löffel abgeben“. Selbst unter den Achtzehn- bis Vierundzwanzigjährigen finden solche Kampfansagen keine Mehrheiten. Andersherum sieht es übrigens ganz ähnlich aus, denn die Senioren halten die Heranwachsenden mehrheitlich für solidarisch.

Ausgehöhlt Vertrauen

Von Friede, Freude, Eierkuchen kann jedoch angesichts der weiteren Forschungsergebnisse keine Rede sein. „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“ wäre hier vielleicht die passende Überschrift. Denn so inbrünstig die Deutschen auch den Ausgleich zwischen den Generationen öffentlich bejahen, so arg bezweifeln sie im stillen Kämmerlein die Machbarkeit eines solchen Unterfangens: Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass das bisherige Prinzip der Rentenfinanzierung keine Zukunft mehr hat. In den Augen dieser deutlichen Mehrheit

wäre der beste Weg, einen fairen Ausgleich zwischen Alt und Jung herzustellen, dass jede Generation ihre Altersvorsorge selbst in die Hand nimmt. Nur ein Viertel findet, dass die Jüngeren die Älteren mitfinanzieren sollten.

Ein Paradoxon? Nein, denn bei aller Liebe zur guten alten Zeit ist die Bevölkerung der Debatte im Kopf schon weit voraus. Während die Bundesregierung an den Stellschrauben der Rentenversicherung dreht und versucht, den finanziellen Kollaps zu verhindern, indem sie das Renteneintrittsalter schrittweise auf siebenundsechzig erhöht hat, ist sich die Bevölkerung längst gewiss, dass das alte System irgendwann zusammenbrechen wird. So haben sich neun von zehn Deutschen bereits innerlich vom Umlageverfahren verabschiedet und glauben, dass es in Zukunft „ein ganz neues System“ geben wird. Befänden wir uns hier an einer Börse, an der Vertrauensvorschüsse für das Umlagesystem der Rentenversicherung gehandelt würden, könnte man sagen, dass die Anleger den absehbaren Niedergang schon „eingepreist“ haben. Das Vertrauen in das alte System ist aufgebraucht.

Verlustgeschäft Rente

„Die Rente wird zum Verlustgeschäft“, titelte erst jüngst die Tageszeitung *Die Welt*. Die Botschaften sind deutlich und überall zu lesen. In der *Welt* warnte gar der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier, vor einer „verfassungsrechtlichen Problemzone“, wenn das eingezahlte „Kapital“ der Rentenbeiträge regelhaft bei weitem das übersteige, was der Einzelne später an Leistungen erhalte. Eine Minusrendite sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Zwar halten die Rentenversicherer an ihren Prognosen fest, denen zufolge die Renditen der gesetzlichen Rentenversicherung nach fünfundvierzig Versicherungsjahren bei mindestens drei Prozent liegen

werden, aber offenbar hat die Bevölkerung sich bereits entschieden, welche Geschichte sie glauben möchte. Die Deutschen halten es demnach eher mit Skeptikern wie dem Ökonomen Meinhard Miegel. Für den wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) ist die gesetzliche Rentenversicherung am Ende: „Männer des Jahrgangs 1970 und jüngere können überhaupt keine positive Rendite mehr erwarten.“ Allenfalls Männer der Jahrgänge ab 1950 könnten noch mit einem mickrigen Prozent Rendite rechnen. Andere Wirtschaftswissenschaftler wie der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen schließen sich Miegels Warnungen an: „Immer mehr junge Menschen werden aus der Rentenversicherung weniger herausbekommen, als sie eingezahlt haben“, sagt das ehemalige Mitglied der Rürup-Kommission.

Ausgeprägtes Problembewusstsein

Die Deutschen wissen ganz genau, wie es um das System der gesetzlichen Rentenversicherung steht. Umso absurder scheint es, dass trotz dieses ausgeprägten Problembewusstseins rund zwei Drittel der Bevölkerung die geplanten Einschnitte (Rente mit 67) ablehnen. Da die demoskopische Studie jedoch die Meinung des Durchschnittsbürgers erfasst und nicht die Ansicht studierter Experten, liegen solche Unstimmigkeiten in der Natur der Sache, schließlich sind hier Gefühle im Spiel. Bei näherem Hinsehen sind diese Ergebnisse sehr aufschlussreich. Obwohl die Mehrheit nämlich schmerzhaft Einschnitte verhindern möchte, sind bei den Jüngeren verstärkt Stimmen zu hören, die nach radikaleren Reformschritten rufen. Das Gleiche gilt für Menschen mit einem höheren Bildungsstandard: Knapp ein Drittel der höher Gebildeten spricht sich für tiefer greifende Veränderungen im Rentensystem aus. Bei den Befragten mit Hauptschulabschluss vertreten nur zehn Prozent diese Ansicht. Offenbar wandelt sich der

Begriff der Generationengerechtigkeit am stärksten bei den gut Informierten und bei denen, die stärker betroffen sind, also bei den Jüngeren.

Ruhe vor dem Sturm

Diese relative Ruhe vor dem Sturm erklärt sich daraus, dass es den heutigen Rentnern mehrheitlich sehr gut geht. Vier von fünf heutigen Rentnern betonen, dass sie sich über ihr Dasein als Ruheständler freuen. Bei den jüngeren Befragten ergibt sich ein anderes Bild: Je weiter sie noch altersmäßig vom Rentenalter entfernt sind, desto weniger hoffnungsvoll sehen sie diesem Lebensabschnitt entgegen. Ob sich das Leben im Alter angenehm gestalten lässt, hängt schließlich zu großen Teilen von den finanziellen Mitteln des jeweiligen Rentners ab: Kann er es sich leisten, in seiner großen Wohnung zu bleiben? Hat er genug Geld übrig, um den Aktivitäten nachzugehen, für die er nun endlich Zeit hätte? Die meisten Befragten der jüngeren und mittleren Jahrgänge sehen der Rente mit gemischten Gefühlen entgegen: Knapp die Hälfte der Menschen im berufsfähigen Alter rechnet mit „gewissen Einschränkungen“, und knapp ein Drittel der Jüngeren sieht die Lage sogar so dramatisch, dass sie mit einer deutlichen Verschlechterung ihres Lebensstandards rechnen.

Alles weist also darauf hin, dass wir uns zurzeit in einer Umbruchphase befinden. Mehr als drei Viertel halten die Entwicklung der staatlichen Renten für unsicher, und so ist es wenig verwunderlich, dass die Mehrzahl der Bundesbürger ihre unsichere Zukunft bereits selbst in die Hand genommen hat. Sieben von zehn Deutschen sind deshalb schon heute in die private Altersvorsorge eingestiegen, weitere sechzehn Prozent planen den Abschluss entsprechender Verträge. Damit hat sich eine überwältigende Mehrheit von fünf- und achtzig Prozent der Bürger bereits dafür entschieden, selbst vorzusorgen. Der Trend könnte kaum eindeutiger sein, vor

allem bei den berufstätigen Jahrgängen mittleren Alters sorgen immer mehr Menschen selbst fürs Alter vor.

Der Regierungswechsel hin zur Großen Koalition hat diesen Trend offenbar noch verstärkt. Die Unsicherheit über die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung ist seit Oktober 2005 gewachsen. Trotz günstiger Konjunkturdaten hat sich die Zahl der Befragten, die aus dieser allgemeinen Unsicherheit heraus private Verträge schließen, um ein Zehntel erhöht. Dementsprechend hat sich – bei gleich gebliebener Abschlussquote – die Zahl derer leicht erhöht, die planen, in die private Altersvorsorge einzusteigen. Die anderen Gründe für eine private Rentenversicherung wie der Wunsch, den eigenen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, sind indes gleich wichtig geblieben.

Riester im Aufwind

Das ganz allmählich wachsende Vertrauen in die staatlich geförderte Privatrente hängt sicher mit der stetigen Verbesserung der Riester-Produkte zusammen. „Schub für die Riester-Rente“, titelte im Frühjahr 2006 das *Handelsblatt*. Über 6,2 Millionen Verträge hatten die Anbieter bis März verkauft. Das Magazin *Öko-Test* brachte die Entwicklung jüngst auf den

Punkt: „Vom Ladenhüter zum Verkaufschlager – vier Jahre nach ihrem Start ist das Geschäft mit der Riester-Rente endlich in Fahrt gekommen.“ Allein 2005 wurden fünfmal so viele Policen abgeschlossen wie im Jahr davor. Ein Abbau bürokratischer Hindernisse, eine neue staatliche Einlagensicherung und verbesserte Konditionen haben dafür gesorgt. Die geplante Einbeziehung von Immobilien in die Förderung wird den Trend noch verstärken. Das von der Deutschen Bank finanzierte Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) hält eine Verdoppelung der Verträge auf bis zu zwölf Millionen für „nicht unrealistisch“. Vor allem die Riester-Rententarife der Versicherer sind schon heute zum absoluten Verkaufschlager geworden, auf sie entfallen fünf- undachtzig Prozent aller Riester-Verträge.

Die Studie zur Generationengerechtigkeit weist also darauf hin, dass die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollen. Die Deutschen möchten, sofern es ihnen finanziell möglich ist, für sich selbst sorgen. Sie folgen damit einem Urwunsch der Menschheitsgeschichte, dem Streben nach Unabhängigkeit – eine gesunde Einstellung, die durchaus unterstützt werden sollte.

Ein-Kind-Politik in China

„Die chinesische Führung wiederum ist mit dem deutlich verlangsamten Wachstum der Bevölkerung sehr zufrieden. Dies ist ein Erfolg ihrer seit einem Vierteljahrhundert diktatorisch verordneten Ein-Kind-Politik. Doch seit einiger Zeit sieht sich das Peking-Regime mit den Problemen einer rasch zunehmenden Alterung der Gesellschaft konfrontiert. Anders als in Europa steht für die ältere Bevölkerung in China noch längst kein flächendeckendes materielles Sicherungssystem zur Verfügung. Etwa 400 Millionen Chinesen auf dem Lande müssen ohne Rentenansprüche überleben. Man hat nicht den Eindruck, dass die Mehrheit der Chinesen die Zukunft deshalb in trübsten Farben malen würde. In der Demographie-Debatte stiftet häufig die fehlende Abgrenzung zwischen nationaler und globaler Perspektive Verwirrung. In der globalen Perspektive ist unbestritten, dass die Weltbevölkerung trotz allgemein sinkenden Geburtenraten weiterhin deutlich ansteigt. Zurzeit leben 6,6 Milliarden Menschen auf unserem Planeten. Die UNO schätzt, dass bis zum Jahr 2050 diese Zahl nochmals um fast 50 Prozent auf über 9 Milliarden zunehmen wird. Erst dann kann allenfalls mit einer Stabilisierung und später mit einem Rückgang der Erdbevölkerung gerechnet werden.“

Reinhard Meier am 16. Dezember 2006 in der *Neuen Zürcher Zeitung*.